

werden darf. Zu dieser Schlußfolgerung kam auch Paul Thibaud, als er in der Aprilnummer des Jahres 1979 der Zeitschrift «Esprit» treffend schrieb: «Die katholische Kirche profitiert in Polen von der Tatsache, daß sie gleichzeitig mächtig ist und dennoch von der politischen Macht ferngehalten wird. Dem verdankt sie, daß sie gleichzeitig stark ist und dennoch unschuldig bleiben kann.» Sie ist unschuldig, weil sie die unmittelbare politische Verantwortung nicht zu tragen und sich auch nicht mit ihr zu kompromittieren braucht. Sie ist stark, weil sie die Seh-

süchte des polnischen Volkes zum Ausdruck bringt. Die Rolle in der Opposition gegen die gefestigte Macht ist aber eine andere als die unmittelbare Verantwortung, selber führen zu müssen. Der Übergang von einer bewundernswerten Reaktion gegen Machtmonopol und Machtmißbrauch zu der Aufgabe, selber die Macht auszuüben und führend voranzugehen, dürfte viele Schwierigkeiten mit sich bringen.

Aus dem Englischen übersetzt von Karel Hermans

PETER HEBBLETHWAITE

1930 in Manchester geboren. 1948 Eintritt in den Jesuitenorden. Studium der Philosophie in Chantilly (Frankreich); Studium moderner Sprachen in Oxford; Theologiestudium am Heythrop College (England). 1965 Mitherausgeber der Zeitschrift *The Month*, von 1967 bis 1974 verantwortlicher Herausgeber. Austritt aus dem Jesuitenorden in beiderseitigem Einvernehmen, Arbeit als freiberuflicher Schriftsteller.

Von 1976 bis 1979 Dozent für französische Literatur am Wadham College, Oxford. Seit September 1979 Vatikankorrespondent für *The National Catholic Reporter*. Neuere Veröffentlichungen u.a.: *The runaway Church* (Collins, London 1975); *Mehr Christentum oder mehr Marxismus?* (Frankfurt/Main, 1977). *The year of three popes* (Collins, London 1978); in Zusammenarbeit mit L. Kaufmann: *Johannes Paul II.: Papst für das Jahr 2000* (Freiburg 1979); *The new inquisition* (Collins, London 1980). Anschrift: Via della Pisana 193/7, apt. 11, I-00163 Roma, Italien.

Peter Steinfels

Neokonservative in den Vereinigten Staaten von Amerika

Der amerikanische Neokonservatismus ist der letzte Versuch einer gesellschaftlich-politischen Orientierung, der aus den sechziger Jahren herührt. Er nahm seinen Anfang als eine Reaktion gegen eben diese sechziger Jahre, aber nicht als eine Reaktion der Rechten. Zum allergrößten Teil waren die amerikanischen Neokonservativen Leute der gemäßigten Linken – «Liberales» in dem Sinne, wie dieser Begriff in den Vereinigten Staaten verwendet wird; und viele von ihnen werden wohl auch heute noch darauf bestehen, «Liberales» genannt zu werden.

Diese Leute, die Einfluß an den Universitäten und in Washington hatten, hatten um die Mitte der sechziger Jahre das Empfinden, daß ihre Ansichten den Vereinigten Staaten eine Zukunft praktischer, wirksamer und geordneter Veränderungen versprechen könnten. Statt dessen nahm die Zukunft eine Wende in eine andere Richtung: Sie wurde zu einer Zukunft der Straßenschlachten, der Rassenkonflikte, der bitteren Spaltung der Nation wegen des Vietnamkrieges, der Ausschreitungen der «Gegenkultur», des Zusammenbruchs der höheren Bildung, der Ära von Präsident Nixon und der schroffen Kritik an diesen Liberalen selbst. Diese fühlten sich verständlicherweise betrogen. Ihre Antwort war der Neokonservatismus.

Furcht vor dem kulturellen Chaos

Neokonservatismus in den Vereinigten Staaten von Amerika ist niemals eine fest formulierte politische Lehre gewesen. Er ist vielmehr eine Meinungsströmung, ein Ensemble von Priorität-

ten, eine Auswahl von Problemstellungen, eine Vorliebe für gewisse Typen von Erklärungen, ein übereinstimmendes Urteil darüber, wer der Feind ist. Neokonservatismus ist auch eine weitgehend negative, kritische Betrachtungsweise, die ihre Energien mehr darauf verlegt, das auszumerken, was sie für Irrtümer hält, als daß sie positive Entwürfe vorlegen würde.

So würde man Schwierigkeiten haben, «neokonservative Lösungen» selbst zu den größten innenpolitischen Problemen, mit denen die amerikanische Regierung konfrontiert ist, zu finden: zu Arbeitslosigkeit, Inflation, Energiekrise. Dagegen könnte man leicht solche «Lösungen» benennen, die den Zorn der Neokonservativen erregen – zum Beispiel jederlei bedeutende Ausdehnungen der Wirtschaftsplanung durch die Regierung, Arbeitsbeschaffungsprogramme oder politische Maßnahmen zur Beeinflussung der Einkommen; ebenso Aktionen gegen die Kernenergie und Maßnahmen zum Umweltschutz.

Zentral für den Neokonservatismus ist eine Furcht vor kulturellem Chaos und ein Bestreben, kulturelle Disziplin zu etablieren. Die Neokonservativen glauben, daß die Regierungsinstitutionen der amerikanischen Gesellschaft und wahrscheinlich der demokratischen Nationen ganz allgemein Gefangene einer Vertrauenskrise seien. Die Autorität ist unterminiert, die Legitimität der Institutionen ist bedroht. Diese Überzeugung teilen sie natürlich mit vielen Denkern der Linken. Aber anders als die linksgerichteten Beobachter betrachten die Neokonservativen diese Infragestellung der Autorität nicht als tatsächlich «verdient» durch irgendwelche durchgängige Fehler der politischen Führer oder der gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Institutionen. Und sie schließen sich auch nicht der Meinung der Linken an, wenn diese die tiefsten Wurzeln der Legitimitätskrise im Verfall von gesellschaftlichen oder ökonomischen Strukturen sehen.

Statt dessen halten sie die Quelle der heutigen Schwierigkeiten für einen spezifischen und von anderem unabhängigen kulturellen Sachverhalt. Die herrschende kulturelle Grundorientierung ist von einer systematischen Autoritätsfeindlichkeit infiziert. Dies ist eine Infektion, deren Spuren nach der Meinung verschiedener Neokonservativer zurückreichen bis zur Romantik, bis zum Bohémétum, bis zum Marxismus und anderen im 19. Jahrhundert aufgekommenen Ausdrucks-

formen der Revolte gegen die bürgerliche Weltanschauung.

Heute manifestiert sich diese «Kultur des Widerspruchs» in dem lauthals schreienden Hedonismus der Gegenkultur, aber vielleicht noch verführerischer in dem sanfteren Suchen nach «Selbstverwirklichung» auf seiten der Gebildeten und Wohlhabenden. Sie manifestiert sich ebenso im politischen Nihilismus der revolutionären Terroristen, aber auch – in veränderter Form – in militanten Umweltschutzbewegungen oder in der Identifizierung mit den Nöten der Dritten Welt, weil beide offenbar die materiellen und sittlichen Grundlagen der westlichen Industriegesellschaften in Frage stellen.

Die «neue Klasse»

Wenn Neokonservative in Versuchung geraten, diese kulturellen Mißbildungen mit Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur in Verbindung zu bringen, so weisen sie hin auf die größere Ausbreitung höherer Bildung, auf die Regierung und die Massenmedien.

Die größere Ausbreitung höherer Bildung war eine Antwort auf das Bedürfnis fortgeschrittener Industriegesellschaften nach theoretisch ausgebildetem und mit entsprechenden Diplomen ausgestattetem Personal, das die Neokonservativen eine «neue Klasse» nennen. Wenn schon die weiter ausgebreitete höhere Bildung diese Massen der neuen Klasse der feindseligen Mentalität, welche einst bloß der Besitz von antibürgerlichen Cliquen war, ausgesetzt hat, so hat die Ausdehnung des Einflusses der Regierung und der Massenmedien den Einfluß der «neuen Klasse» nur noch zusätzlich vergrößert.

Die feindselige Tendenz der «neuen Klasse» ist auch noch verstärkt worden durch soziale Probleme, die es in den Vereinigten Staaten gibt, vor allem durch das Problem großer Teile innerhalb der Schicht der Armen und der Minderheiten – einer «Unterklasse», wie man sie häufig nennt –, einer Erscheinung, die alle Merkmale von Marx' «Lumpenproletariat» aufweist, deren Lebensbedingungen realistisch betrachtet (nach der Ansicht der Neokonservativen) nur langsam, wenn überhaupt, verbessert werden können.

In der Not der Armen und der Minderheiten – die einen dramatischen Widerspruch zu dem traditionellen Anspruch der amerikanischen Nation auf Gleichheit darstellt – hat die «neue Klasse» eine mächtige Waffe zur Unterminie-

rung der Legitimität der sozialen Institutionen. Aber unter der Oberfläche des angeblichen Altruismus ihres Engagements für die Gleichheit aller verfolgt die «neue Klasse» unbarmherzig ihre eigenen Interessen – wobei sie nur ihre Schuldgefühle wegen ihres eigenen neuerworbenen Überflusses beschwichtigt. Und gleichzeitig läßt sie die Macht des Staates (und damit ihre eigenen Chancen für Beschäftigung und Einfluß) sich immer weiter ausdehnen, und zwar auf Kosten der früher herrschenden Klasse der Großunternehmer und des schwerbelasteten Steuerzahlers des unteren Mittelstandes. Die Tatsache, daß die daraufhin entstehende politische Agitation den Staat mit Forderungen konfrontiert, denen dieser einfach nicht mehr gerecht werden kann, läßt das Vertrauen der Öffentlichkeit und die Legitimität der Institutionen mehr und mehr schrumpfen.

An diesem Punkt könnte man wohl fragen, was den amerikanischen Neokonservatismus vom traditionellen Konservatismus unterscheidet. Drei Dinge:

Erstens ist der Neokonservatismus eine von einer kosmopolitischen Gruppe von Intellektuellen und insbesondere von Gesellschaftswissenschaftlern angenommene Weise, die Verhältnisse zu betrachten, während viele Formen des amerikanischen Konservatismus – einschließlich Ronald Reagans Wählerschaft der «Neuen Rechten» – die Frustration des ländlichen, kleinstädtischen und religiös-fundamentalistischen Bürgertums repräsentiert, das seine kulturell und wirtschaftlich beherrschende Stellung verloren hat. Obgleich die Neokonservativen und die «Neue Rechte» oft ähnliche Forderungen nach kultureller Disziplin äußern, können die ersteren doch aus einer umfassenden Vertrautheit mit dem modernen Denken argumentieren. Ihr Konservatismus hat einen größeren Anspruch darauf, eher *nachmodern* als modern genannt zu werden.

Zweitens: Der Neokonservatismus lehnt nicht die Industriegesellschaft ab wie einige Gruppierungen des traditionellen amerikanischen Konservatismus. Er hat kein Heimweh nach einer agrarischen Vergangenheit oder nach dem rauen Individualismus des Cowboys oder des Siedlers auf vorgeschobenem Posten an der Grenze während der Zeit der Kolonisierung.

Drittens: Der Neokonservatismus tritt nicht wie der andere Hauptstrang des amerikanischen Konservatismus (der in Wirklichkeit nur eine Abwandlung des Laissez-faire-Liberalismus des

19. Jahrhunderts ist) – dafür ein, den Wohlfahrtsstaat in Bausch und Bogen abzulehnen. Der Lackmus-Test auf Liberalismus oder Konservatismus in den Vereinigten Staaten war lange Zeit Franklin D. Roosevelts «New Deal». Die Konservativen hielten diesen für eine schwerwiegende Abweichung von amerikanischen Grundsätzen, für einen Bruch mit der eigentlichen Kontinuität der nationalen Tradition. In dieser Beziehung stehen die Neokonservativen auf derselben Seite wie die Liberalen. Sie heißen den «New Deal» und *im Grundsätzlichen* auch den modernen Wohlfahrtsstaat gut. Dafür aber bringen sie pragmatische Gründe vor, den Wohlfahrtsstaat in der derzeitigen Phase der Geschichte nicht noch weiter auszubauen.

In diesem Sinne nimmt die mit dem «New Deal» verbundene Ausdehnung staatlicher Dienste und Vollmachten in der politischen Auseinandersetzung in Amerika eine ähnliche Stellung ein wie das Zweite Vatikanische Konzil in der katholischen Kirche: Die Liberalen und die Linken betrachten dieses Vermächtnis des «New Deal» weithin als Ausgangspunkt eines weitergehenden Prozesses. Insofern es ein klein wenig mehr Gleichheit und soziale Gerechtigkeit in den Vereinigten Staaten einführte, fordern eben diese Gleichheit und soziale Gerechtigkeit weitere gesellschaftliche Veränderungen.

Während die Neokonservativen die Reformen des «New Deal» an sich als wertvoll gelten lassen, sehen sie doch eine größere Notwendigkeit, den Geist weiterer Veränderungen im Zaum zu halten und Neuerungen, welche die Gefahr institutioneller Instabilität heraufbeschwören könnten, entgegenzuwirken. Die traditionellen Konservativen dagegen bleiben gegenüber dem «New Deal» in nahezu allen seinen Teilen unveröhnlich.

Eine kulturelle Strategie

Was aber taten die Neokonservativen angesichts dieser so analysierten gesellschaftlichen Situation? Sie taten, was Intellektuelle immer tun: Sie schrieben Artikel, veröffentlichten Bücher, kritisierten andere Bücher, erteilten aus freier Initiative zu allem Möglichen Ratschläge, auf welche die Meinungsmacher und Politiker vielleicht hören könnten. Von etwa 1970 an nahm ihr Beitrag zur öffentlichen Diskussion das an, was einer ihrer einflußreichsten Autoren «einen neuen Ansatz

und eine neuen Ton» genannt hat. Zunächst einmal waren die neokonservativen Intellektuellen, obwohl der Krieg in Vietnam noch wütete und die Wirtschaftspolitik schon an einen Wendepunkt gelangt war, davon überzeugt – wie ein anderer von ihnen erklärte –, daß es «unsere Hauptaufgabe» sei, die Linke anzugreifen; und zwar gehe es nicht bloß darum, sich argumentierend mit ihr auseinanderzusetzen, sondern «ihr endgültig den anmaßenden Anspruch zu entwenden, sie kenne die Ursachen unserer Übel und die Mittel zu ihrer Überwindung».

Der Linken ihre anmaßenden Ansprüche zu entwenden, bedeutete damals, daß man eine systematische Offensive gegen nahezu jede Äußerung liberaler und radikaler Reformbemühungen eröffnete. Mit einer Flut von Artikeln, die in neokonservativen Zeitschriften erschienen, begann man ein regelrechtes Sperrfeuer zu schießen. Nicht genug damit, daß liberale und radikale Ideen einer scharfen Kritik unterworfen wurden, sondern es wurden – wie derselbe Autor sich brüstet – «die Motive ihrer Anwälte einer skeptischen und «entmystifizierenden» Prüfung unterzogen».

Ein Jahrzehnt voll wahlsinniger und oft frustrierender Aktivität und zusätzlich noch der anarchische und antiintellektuelle Geist der Gegenkultur hatte bei der Linken im Endergebnis zu mehr als einer bloß geringfügigen intellektuellen Schwäche geführt und machte sie daher zu einer leicht zu treffenden Zielscheibe für neokonservative Kritik. Der Einfluß des politischen und kulturellen Radikalismus war in den ersten Jahren nach 1970 jedenfalls gebrochen.

Dennoch mäßigten die Neokonservativen ihre Offensive auch jetzt noch nicht. Mindestens drei Entwicklungen drängten die Neokonservativen noch weiter nach rechts:

Die erste war die Watergate-Affäre und die Diskreditierung der Regierung Nixon, wodurch eine Reihe von Intellektuellen zu dem (für Intellektuelle!) ungewöhnlichen Schritt zu öffentlicher Parteinahme gedrängt wurde. Die Tatsache, daß diese Parteinahme die Neokonservativen nun in Verlegenheit bringen mußte, scheint bloß dazu geführt zu haben, daß sie die Linke nun um so heftiger angriffen – gleichsam wie zur Selbstrechtfertigung.

Die zweite Entwicklung war die internationale Kräfteverschiebung, die gekennzeichnet ist durch den amerikanischen Rückzug aus Vietnam, die Art, wie Ägypten im Krieg gegen Israel

1973 seine Stärke zeigte, und durch die neu auftretende wirtschaftliche Machtausübung durch die OPEC.

Obgleich viele Neokonservativen keine Befürworter der Rolle Amerikas in Vietnam waren, engagierten sie sich entschieden für eine Eindämmung der Macht der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten und für die Sicherheit Israels. Sie wandten sich daher den außenpolitischen Angelegenheiten zu, wo sie auf dieselbe Autoritätskrise und dieselbe Willensschwäche stießen wie in der Innenpolitik und wofür sie daher dasselbe Heilmittel vorschlugen, nämlich eine neue nationale Selbstbehauptung der Vereinigten Staaten. Dies schaffte natürlich ganz neue Bereiche für den Streit mit den Liberalen und den Linken.

Die dritte Entwicklung ist komplexer. Verwirrt vom Radikalismus und von der Ablehnung der Wertvorstellungen der auf Handel und Industrie gegründeten Gesellschaft durch die Gegenkultur der sechziger Jahre, überrumpelt durch die Gesetzgebung im Interesse des Umweltschutzes und im neugewonnenen Bewußtsein des unvermeidlichen Einflusses des Staates auf die Wirtschaftsführung widmeten die amerikanischen Unternehmer ihre Aufmerksamkeit in zunehmendem Maße der Schaffung einer ihren Interessen günstigen öffentlichen Meinung. Die Neokonservativen hatten ursprünglich keine Verbindungen zu Industrie und Handel, sie waren unabhängige Intellektuelle, Universitätsprofessoren und Männer des öffentlichen Dienstes. Aber sie hatten nun mit den Unternehmern eine ganze Reihe von Gegnern in der Linken gemeinsam, und überdies waren sie wie diese an einer ruhigeren kulturellen Stimmung interessiert.

Ein Bündnis hat sich gebildet. Großangelegte Anzeigenkampagnen der großen Konzerne vermengen neokonservative Kritik an der «neuen Klasse» mit den traditionellen Klagen der Unternehmer über die Eingriffe des Staates. Die Unternehmerschaft finanziert in der großzügigsten Weise Forschungszentren, an denen neokonservative Gelehrte mit Wirtschaftswissenschaftlern der monetaristischen Schule und des Laissez-faire-Denkens zusammenarbeiten. Das Endergebnis ist, daß die Neokonservativen nun sehr besorgt sind um den guten Ruf des Kapitalismus (einige von ihnen haben sich sogar daran gemacht, eine neue «Theologie» des «demokratischen Kapitalismus» zu entwerfen). Das Unternehmertum hat eine neue Legitimation in der

Welt der Intellektuellen gewonnen. Und neokonservativen Ideen erkennt man jetzt bei den staatlichen Institutionen und in den Massenmedien einen weitaus höheren Kurswert zu als bisher.

Ungeachtet dessen hat dieser bemerkenswerte Erfolg seinen Tribut gefordert. Sowohl durch seine Thesen zur Außenpolitik wie durch seine Verteidigung der kapitalistischen Konzerne hat der Neokonservatismus viel von seiner Unterscheidbarkeit gegenüber dem traditionellen Konservatismus verloren. Letztlich ist seine Antwort auf das Problem der kulturellen Anarchie die Errichtung einer Art von «Klerisei», einer Kaste von Intellektuellen, deren Berufung es in erster Linie ist, eine Barrikade von Skeptizismus zwischen allen neuen Ideen und dem Feld «verantwortlicher» Diskussion in der Öffent-

lichkeit zu errichten.

Das neokonservative Interesse an kulturellem Zusammenhalt und kultureller Disziplin ist nicht einmal unvernünftig. Aber die Neokonservativen verhalten sich so, als wenn die Faktoren, die diesen Zusammenhalt und diese Disziplin zersetzen, Infektionen von «außerhalb» der etablierten gesellschaftlichen Strukturen seien und nicht ihre Wurzeln in diesen selbst hätten. Es könnte sein, daß die Neokonservativen durch die Besiegelung eines Paktes mit dem Kapitalismus gegen jede drohende gesellschaftliche, kulturelle oder wirtschaftliche Neuerung im Begriffe sind, die Möglichkeit, den eigentlich von ihnen gesuchten Zusammenhalt zu entdecken, abzublocken.

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Ansgar Ahlbrecht

PETER STEINFELS

ist verantwortlicher Redakteur von «Commonweal», einer von katholischen Laien herausgegebenen Zeitschrift, die politische, religiöse und literarische Themen kommentiert. Er studierte an der Loyola-Universität in Chicago. Promotion zum Dr. phil. mit einer Dissertation über ein Thema aus europäischer Geschichte an der Columbia-Universität in

New York. Er arbeitete im Bereich der Bioethik und redigierte «The Hastings Center Report», eine Zeitschrift für Fragen der Naturwissenschaft und der Medizin. Mitherausgeber von «Death Inside Out», einer Sammlung philosophischer und historischer Essays über das Sterben. Verfasser zahlreicher Beiträge zu politischen Fragen in vielen amerikanischen Zeitschriften. Buchveröffentlichung: *The Neoconservatives* (New York 1979). Anschrift: Commonweal, 232 Madison Ave., New York, NY 10016, USA.